

## Made in Germany mit der Energiewende stärken

BERND WESTPHAL\*

Die energiepolitischen Ziele der nächsten Legislaturperiode bleiben weiterhin, die Energiewende erfolgreich voranzubringen und die Klimaziele einzuhalten.

Die Herausforderungen sind deshalb klar: Wir haben in den letzten Jahren gelernt, wie wir Erneuerbare kostengünstig ausbauen. Nun müssen wir lernen, wie wir sie sinnvoll integrieren, den Netzausbau dabei berücksichtigen und die Erneuerbaren schrittweise mehr Verantwortung für das Energiesystem übernehmen.

In Zukunft ist selbstverständlich, dass eine intelligente Wirtschaftspolitik auch immer eine intelligente Klima-, Energie- und Effizienzpolitik sein muss. Mir ist es deshalb besonders wichtig, dass wir stärker gemeinsam für den Erfolg der Energiewende arbeiten.

Gerade der Industrie wird dabei immer wieder vorgeworfen, dass sie nicht genug unternehme. Ich glaube nicht, dass dieser Vorwurf so stimmt. Ich glaube aber schon, dass wir hier weiterhin Luft nach oben haben. Energieeffizienz und Flexibilisierung sind auch in der Industrie wichtige Hebel, die wir weiter verfolgen müssen.

Was die Minderung von Treibhausgasemissionen angeht, kann dies jedoch nicht durch eine Deindustrialisierung umgesetzt werden. Im Gegenteil, wir müssen dafür sorgen, dass die industrielle Produktion

möglichst steigt. In wenigen Ländern wird industriell so sauber für das Klima produziert wie in Deutschland. Eine Abwanderung der Firmen in andere Länder tut nicht nur unserer Wirtschaft und unseren Arbeitnehmern weh, sondern auch dem Klima.

Das bedeutet, dass wir auch weiterhin angemessene Ausnahmeregelungen für die energieintensive Industrie brauchen werden. Dafür braucht es jedoch auch eine Grundlage, die nur durch einen offenen Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft geschaffen werden kann. Wir müssen darüber sprechen, welche technischen Grenzen bei der Treibhausgasminimierung bestehen und wie wir diese durch gezielte Förderung im Bereich Forschung, Entwicklung und Markteinführung adressieren können.

Außerhalb der Industrie bleibt jedoch auch noch viel zu tun. Während wir im Strombereich einige Erfolge erzielen konnten, sind Wärme und Verkehr hinten dran. Das Thema der Sektorkopplung wird deshalb ein zentraler Bestandteil der Energiepolitik der nächsten Jahre sein müssen.

Eng mit der Ausgestaltung der Sektorkopplung ist auch die Finanzierung der Energiewende insgesamt verknüpft. Wir haben derzeit eine Vielzahl an Befreiungstatbeständen, Steuern, Umlagen, et cetera die nur schwer zu überblicken sind und sich teilweise in ihren Wirkungsweisen widersprechen.

Dabei werden in der öffentlichen Wahrnehmung oft vor allem die Kosten der Energiewende dargestellt. Tatsächlich handelt es sich jedoch um nichts anderes als Investitionen in die zukünftige wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Wenn wir auch in zwanzig Jahren noch eine starke Wirtschaft haben wollen, brauchen wir Produkte, die weltweit nachgefragt werden. Das werden in Zukunft umso mehr nachhaltige Produkte sein. Wenn made in Germany kein Synonym für Ingenieurskunst von gestern werden soll, müssen wir alle an einem Strang ziehen.



\*Weitere Informationen:

Bernd Westphal  
Mitglied des Bundestags  
Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe für  
Wirtschaft und Energie  
Tel. +49 30 227-79115  
bernd.westphal@bundestag.de

## Die Energiewende muss beschleunigt werden und trotzdem sozial sein

EVA BULLING-SCHRÖTER\*

Es ist eine schallende Ohrfeige für die große Koalition, dass Deutschland seine Klimaziele für 2020 verfehlen wird. Wir dürfen den grundlegenden sozial-ökologischen Umbau nicht weiter verschleppen, wie die große Koalition das getan hat. Sie

hat den Kohleausstieg ausgebremst und zugleich das Wachstum der erneuerbaren Energien beschnitten. Sie handelt nach dem Willen der fossilen Energiekonzerne und einer Auto-Industrie, die die Zeichen der Zeit zu verpassen droht.

Aus Sicht der LINKEN führt an einem Kohleausstiegsgesetz kein Weg vorbei: Spätestens 2035 muss der letzte Meiler vom Netz gehen, die ältesten Meiler müssen noch vor 2020 stillgelegt werden. Der Strukturwandel in den Tagebauregionen

darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordert DIE LINKE einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich mindestens 250 Millionen Euro für die soziale Absicherung der im Bergbau Arbeitenden und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Viele Leute beziehen ja heute schon 100 Prozent Ökostrom, und das ist gut. Aber beim Heizen befinden wir uns noch tief im fossilen Zeitalter. Wenn wir heute im Wärmereich nicht mehr tun, läuft uns die Zeit davon. Die Häuser, die heute gebaut werden, stehen auch 2050 noch, wenn der Gebäudebereich bereits klimaneutral sein soll. Es muss das A und O beim energetischen Sanieren sein, dass die Mieten nur in Höhe der erzielten Einsparungen steigen. Für die privaten Hausbesitzer brauchen wir die steuerliche Absetzbarkeit der energetischen Sanierung. Es sollte eine Ausbildungsinitiative für unabhängige Energieberater gestartet werden.

DIE LINKE will die Industrie angemessen an den Kosten der Energiewende betei-

gen. Dazu sollen unberechtigte Privilegien der Industrie wie zum Beispiel Rabatte beim Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), bei Netzentgelten und beim Emissionshandel gestrichen werden. Die Energiewende wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger sie selbst gestalten. Deshalb will DIE LINKE die Energieversorgung weiter demokratisieren. Wenn erneuerbare Energien weitgehend dezentral erzeugt werden, verteilen sich auch die Produktionsmittel auf viele Millionen Köpfe. Öko-Stadtwerke und Stadtwerkeverbände könnten künftig eine zentrale Rolle bei der Koordinierung der Energiewende spielen. Gefordert ist aber auch die Branche der erneuerbaren Energien: tarifliche Entlohnung, gewerkschaftliche Rechte und „gute Arbeit“ müssen selbstverständlich sein. Aus Sicht der LINKEN müssen öffentliche Fördergelder an die Einhaltung dieser Standards gebunden werden.

Die Energiewende in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität ist das wichtigste Umbau-Projekt derzeit. Deutschland hat

die Aufgabe, hier voranzuschreiten, um Technologiesprünge zu gewährleisten und um auf andere Länder auszustrahlen. Wir sollten zeigen, dass ein sozial-ökologischer Umbau gelingen kann. ● ● ● ● ●



\*Weitere Informationen:

Eva Bulling-Schröter  
Energie- und klimapolitische Sprecherin  
der Linksfraction im Bundestag  
Tel. +49 30 227-72485  
eva.bulling-schroeter@bundestag.de

## Mehr Tempo beim Klimaschutz

DR. JULIA VERLINDEN MDB\*

Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz stehen für uns Grüne ganz oben auf der Agenda. Nur wenn wir unsere Lebensgrundlagen erhalten und schützen, können wir dauerhaft Wohlstand und Gesundheit sichern. Deshalb wollen wir den Klima- und Umweltschutz vorantreiben, indem wir die Energiewende in allen Bereichen beschleunigen und dabei auf eine gerechte Verteilung der Kosten und Gewinne achten. Was heißt das konkret?

Zunächst einmal führt kein Weg am Kohleausstieg vorbei. Wir wollen die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerksblöcke

sofort abschalten und einen verbindlichen Fahrplan für den Komplettausstieg erarbeiten. Gemeinsam mit den betroffenen Regionen und Unternehmen wollen wir dabei neue Perspektiven für wirtschaftliche Entwicklung schaffen. So wird der Kohleausstieg für alle verlässlich planbar, ohne harte Brüche zu verursachen.

Die Große Koalition hat in den vergangenen Jahren viel Energie darauf verwandt, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu bremsen und die Beteiligung der Menschen vor Ort zu erschweren. Wir Grüne wollen diese Bremserpolitik beenden. Denn die Ausschreibungsergeb-

nisse für Wind- und Solarenergie zeigen: Sauberer Strom wird immer günstiger. Die Obergrenzen für den Ausbau von Windkraft und Photovoltaik müssen deshalb weg. Und die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger müssen wieder verbessert werden.

Eine Großbaustelle hinterlässt die Regierung Merkel im Wärmesektor. Der Umbau unserer Wärmeversorgung ist in den letzten Jahren nicht annähernd schnell genug vorangekommen, der Anteil erneuerbarer Wärme stagniert auf niedrigem Niveau. Die grüne Bundestagsfraktion hat deshalb den Aktionsplan Faire Wärme erarbeitet. Unter anderem ist da-